



THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
02 | 2006 JAHRGANG 4



Auf zur Kommunalwahl 2006
FDP tritt auf breiter Front an



Thüringen Liberal im
Interview mit dem FDP-
Bundesvorsitzenden
Dr. Guido Westerwelle



Warum die Liberalen
in der Karikatur-
Debatte eine hohe
Verantwortung haben



Das politische Buch:
US-Autor
Mark Kurlansky über die
Mythen der 68er



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Kleine Kommunalwahlen mit großen Zielen

Sie halten bereits die zweite Ausgabe der neugestalteten Thüringen Liberal in der Hand. Als Landesvorsitzender freue ich mich, dass wir auch nach Außen unseren erfolgreichen Kurs offensiv dokumentieren. Das überarbeitete Layout kann sich mehr als sehen lassen. Inhaltlich ist unsere ehrenamtliche Redaktion ihrem Anspruch gerecht geworden und hat eine ebenso informative wie vielseitige Themenauswahl getroffen. Allen Beteiligten danke ich sehr herzlich. An dieser Stelle möchte ich alle Leserinnen und Leser einladen, sich inhaltlich in unsere Mitgliederzeitschrift einzubringen. Schließlich soll Thüringen Liberal nicht nur der Informationsvermittlung, sondern auch dem Gedanken- und Meinungs austausch dienen.

Auch politisch stehen die Zeichen auf Offensive. In diesem Monat sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Für uns Thüringer Liberale folgt im Mai eine wichtige Wahl, wenn die Wählerinnen und Wähler über

die hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte entscheiden werden. Die Thüringer FDP ist flächendeckend mit starken Kandidaten für die 'Kleinen Kommunalwahlen' vertreten.

Die Kommunalpolitik ist für uns von großer Bedeutung. Sie ist nicht nur der politische Lebensnerv der Thüringer FDP, sondern auch der unmittelbare Lebensnerv der Gesellschaft. Dabei hat sich die Komplexität der Entscheidungen auf Kommunalebene erhöht, und der inhaltliche Anspruch ist deutlich gestiegen. Komplizierte Themen nötigen der Kommunalpolitik hohe Sachkompetenz, Fach- und Sachkenntnis, natürlich auch großes Engagement bis hin zu Leidenschaft und Durchhaltevermögen ab. Das gilt insbesondere für die (Ober)Bürgermeister und Landräte.

Bei den kommunalen Entscheidungen geht es nicht um theoretische oder ideologische Politikansichten, sondern um handfeste praktische Politik vor Ort. Deshalb haben wir Thüringer Liberale unsere Ver-



antwortung wahrgenommen und zahlreiche Kandidaten aufgestellt. Diesen Kandidaten danke ich an dieser Stelle herzlich für ihre Bereitschaft und ihren Einsatz.

Die Mitglieder der Thüringer FDP möchte ich bitten und auffordern, ihre Kandidatin und ihren Kandidaten vor Ort intensiv zu unterstützen. Auch bei diesem Wahlkampf gilt, dass wir unsere eigenen Anhänger mobilisieren müssen und weitere Sympathisanten hinzugewinnen wollen. Deshalb kämpfen Sie mit, helfen Sie mit und übernehmen Sie einen persönlichen Anteil am Erfolg der FDP.

Es geht um unsere Kommunen, unsere Gemeinden und unsere Landkreise. In diesem Sinne: Für die kleinen Kommunalwahlen haben wir große Ziele.

Uwe Barth MdB
FDP-Landesvorsitzender

Bizarre Heilung

Manchmal geht es den Menschen wie der Politik: Erst durch einen schweren Infarkt kommt das Augenlicht wieder.

Wie die Britische Zeitung 'Daily Telegraph' vermeldete, hat eine seit 25 Jahren fast vollständig blinde Britin nach einem schweren Herzinfarkt ihr Augenlicht wieder erlangt. Drei Tage kämpften in Coventry Ärzte um das Leben der über 70-jährigen Rentnerin Joyce Urch. Sie hatte nach einem Herzinfarkt das Bewusstsein verloren. Als sie wieder aufwachte, konnte sie zu ihrem eigenen Erstaunen plötzlich wieder sehen. Nach einem ersten Blick in den Spiegel habe sie sich zuerst gefragt: 'Bin das wirklich ich?' Dann habe sie zu ihrem Mann Eric gesagt: 'Du bist aber auch älter geworden!'

Seit 1979 konnte die an grünem Star erkrankte Britin Urch ihre Umwelt nur noch schemenhaft erkennen. Ihren Sehverlust

führten die Ärzte auf genetische Ursachen zurück. Während sie seit 1979 ihr Augenlicht langsam verloren hätte, sei die Rückkehr der Sehkraft ganz plötzlich gekommen.

Heute ist sie in der Lage, nicht nur ihre eigenen fünf Kinder, sondern auch die zwölf Enkel und drei Urenkel in Augenschein zu nehmen. Ein Geschenk zur Goldenen Hoch-

zeit, die das Ehepaar unlängst feierte. 'Ich liebe es, spazieren zu gehen. Ich kann mich umschauen und alles sehen - Bäume, Eichhörnchen und Tauben', so die grauhaarige Dame. Die unerwartete Genesung vor anderthalb Jahren 'hat uns beiden unser Leben wiedergegeben', freut sich der Ehemann heute.

Eine Erklärung für die unerwartete Heilung haben die Mediziner bislang nicht gefunden. Die Redaktion der 'Thüringen Liberal' meint: Das erinnert an die Politik. Erst wenn das Land vor dem Infarkt steht, setzt die Sehkraft für Probleme wieder ein. Was in der Medizin an ein Wunder grenzt, scheint in der politischen Realität eher ein Naturgesetz zu sein. pak



Ost? West? Gesamtdeutsche Reformen!

Interview mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle

THL: Herr Dr. Westerwelle, sehr herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit für ein Interview mit der Thüringen Liberal nehmen.

GW: Selbstverständlich, ich engagiere mich gerne auch außerhalb von Wahlkämpfen für Thüringens Liberale.

THL: Oft gestellte Frage: Bei der Wahl zugelegt und doch nicht an der Regierung. Wie können wir Politik mitgestalten?

GW: Wir werden im Deutschen Bundestag eine in der Sache harte, im Ton verbindliche und in den Ergebnissen konstruktive Oppositionsarbeit machen. Im Bundesrat beeinflussen wir Liberale immerhin genauso viele Stimmen wie der Juniorpartner der Großen Koalition, die SPD. Schwarz-Rot ist eine Übergangsregierung, beide denken längst an die Zeit danach, das haben sie übrigens mit der FDP gemeinsam.

THL: Keine Koalition in der Opposition. Und dennoch soll die Regierung gestellt werden. Funktioniert das?

GW: Nehmen Sie nur das Thema Mehrwertsteuererhöhung: Es kann uns doch nicht stören, wenn auch die PDS mit uns gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stimmen möchte. Wir werden übrigens sehen, wie sich die PDS in den Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin verhält. Auf die Idee, Linkspartei und Grüne mit der FDP zu verwechseln, wird auch in diesem Fall niemand ernsthaft kommen.

THL: Fehlender Nachwuchs bzw. Etablierung

politischer Eliten: Gerade auf Kreis- und Landesebene wird es zunehmend schwieriger, Verantwortungsträger aus Wirtschaft und Gesellschaft für eine politische Mitarbeit zu gewinnen. In den Kreisen, wo mit viel Freizeit und persönlichem Geld Politik gemacht werden muss, fehlen oftmals Nachwuchs oder Quereinsteiger. Teilen Sie diese Einschätzung?

GW: Ich weiß um die Mühen, ich kann mich noch sehr gut an die Gründung und den Aufbau der Jungen Liberalen und an meine Jahre als Bonner Kreisvorsitzender erinnern. Ich erlebe aber auch, dass unsere FDP seit der Bundestagswahl mehr als 3.000 neue Mitglieder begrüßen durfte. Ich bin also guter Dinge, was den Nachwuchs angeht.

THL: Abgesehen von Uwe Barth: Kennen Sie noch andere Thüringer Bundestagsabgeordnete?

GW: Von der FDP leider noch nicht, aber wir können ja bei der nächsten Bundestagswahl noch stärker werden.

THL: Thema Osten: In den neuen Bundesländern macht sich Frustration breit, weil die Länder nicht auf die Beine kommen. Aus dem gleichen Grund wächst der Frust in den alten Ländern. Was läuft schief am Aufbau Ost?

GW: Die wichtigsten Probleme Deutschlands, nämlich die ungelösten Strukturprobleme, sind längst nicht mehr nach Ost und West zu trennen. Deutschland wird nur mit

gesamtdeutschen Reformen auf die Beine kommen, deshalb ist es ja auch so wichtig, dass wir Liberale weiter am Politikwechsel auf Bundesebene festhalten, wenn die Union ihre mutlosen sozialdemokratischen Kompromisse schließt, die nichts bringen und die Bürger auch noch teures Geld kosten.

THL: Bisher war Thüringen bei den olympischen Winterspielen das erfolgreichste deutsche Bundesland. 2002 in Salt Lake City holte Thüringen Platz Vier im Medaillenspiegel, vor Kanada, Russland oder Frankreich. Sehen Sie noch andere Stärken des mitteldeutschen Freistaats?

GW: Die sportlichen Erfolge sind nur die Spitze des Fleißes und der Leistungsbereitschaft, die in Thüringen stecken. Thüringen steht für mich für herzliche Menschen, mittelständische Innovationen und eine beeindruckende Landschaft, die zum touristischen Verweilen ausgesprochen einlädt.

THL: Wenn Sie persönlich an Thüringen denken, woran erinnern Sie sich sofort?

GW: An freundliche Menschen, an wunderschöne Wälder und an leckere Wurst.

THL: Letzte Frage: Fußball-WM in Deutschland, haben Sie Karten?

GW: Nein, wenn überhaupt bin ich eher Fernseh-Fußballer.

THL: Wer wird Weltmeister?

GW: Ich fühle mich mit Vorhersagen in der Politik wohler als auf dem Fußballplatz.

THL: Danke für das Interview. Gespräch: pak

Kommunalwahl 06: FDP - Stark vor Ort

VLK bietet Hilfestellung bei der Vernetzung von Kommunalpolitikern

Vor uns liegen die so genannten 'Kleinen Kommunalwahlen'. Klein, obwohl dort die 'Großen' der Kommunalpolitik gewählt werden, die hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Grund genug also, sich mit Elan in das Getümmel zu begeben. Denn immerhin haben wir in Thüringen 44 Bürgermeister und Oberbürgermeister, davon zwölf hauptamtlich, zusätzlich sechs Ortsbürgermeister.

Es zeigt sich, dass der Slogan 'FDP – stark vor Ort' auch und gerade in Thüringen gilt. Dafür, dass das so bleibt, kämpfen wir gemeinsam. Ein möglichst

gutes Abschneiden bei der Wahl ist die Aufgabe aller, nicht nur der Kandidaten. Auch die VLK sieht sich in der Verantwortung. Als Netzwerk, als Forum für den Erfahrungsaustausch und als organisatorische Hilfe. Dabei können wir jedoch nur so gut sein wie der Zulauf an Informationen aus den Kreis- und Ortsverbänden. Darum bitte ich Sie, helfen Sie uns, teilen Sie uns mit, was Sie aus Ihrem Umfeld an kommunalpolitischen Informationen haben.

Wir Liberalen in Thüringen haben für die Wählerinnen und Wähler auch in den 'Kleinen Kommunalwahlen' gute Ange-

bote. Das drückt sich schon personell aus. Es gehen erfahrene Amtsinhaber ebenso ins Rennen, wie neue und unverbrauchte Leute. Aber auch inhaltlich steht liberale Kommunalpolitik für Qualität. Liberale Kommunalpolitik heißt Kundendienst am Bürger, nachhaltiges Wirtschaften, Verantwortung für regionale Wirtschaft und damit Arbeitsplätze in der Region. Liberale Kommunalpolitik steht zugleich für nachhaltige Planung und Gestaltung der Gemeinden und für die Konsolidierung der Haushalte.

Gute Gründe für Liberale, sich auch im Jahr 2006 im Wahlkampf zu engagieren, sei es durch eigene Kandidatur, Spenden, durch Anwesenheit bei Wahlveranstaltungen, beim Plakatieren, durch Mithilfe im Wahlkampfbüro und vieles mehr.

Eigeninitiative ist bei Liberalen erwünscht und nicht verboten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir gemeinsam Erfolg haben können. Krempeln wir die Ärmel hoch und stehen wir Schulter an Schulter in den nächsten Wochen für das gleiche Ziel. Stehen wir dafür, dass wir auch künftig in Thüringen voller Stolz sagen können: 'FDP – stark vor Ort.'

Dirk Bergner



DIE THÜRINGER WAHLKREISE

FDP tritt auf breiter Front an

Um es gleich vorwegzunehmen: Zum Redaktionsschluss des vorliegenden Artikels haben zahlreiche Kreis- und Ortsverbände noch keine Kandidaten für Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen aufgestellt. Dennoch: Bereits Mitte Februar waren zahlreiche Kandidaturen bekannt. Immerhin 150 Ämter werden in Thüringen am 7. Mai zu den 'kleinen Kommunalwahlen' vergeben.

Den Anfang der Kandidatenkür machte der Kreisverband Nordhausen. Er stellte bereits am 19. Januar seine Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in Nordhausen und für den Posten des Bürgermeisters in Bleicherode vor. In Nordhausen wird FDP-Stadtrat Martin Höfer (1) kandidieren, in Bleicherode geht Frank Linsel an den Start.

Pfarrer Dirk Sterzik (2), FDP-Kreisvorsitzender im Ilmkreis, tritt für das Bürgermeistermandat in Arnstadt an. Seit 2004 sitzt Sterzik bereits im Arnstädter Stadtrat. Von seinem Posten als Finanzausschussvorsitzender trennte er sich aus Protest über die Finanzmisere in Arnstadt. Kritik wolle er aber nicht üben, sondern selbst anpacken.

In Weimar indes wollten die Liberalen zunächst einen bürgerlichen Kandidaten

unterstützen, aber nicht selbst antreten. Nachdem sich beide Kandidaten in Fragestunden dem FDP-Kreisverband stellten, wurde den Weimarer Liberalen klar: Wir unterstützen niemanden, wir stellen selbst einen Kandidaten. In Gotha indes war von Anfang an klar, dass die FDP für das Amt des Oberbürgermeisters selbstbewusst antreten wird. Kreischef Mike Wündsch (3) wird der FDP-Kandidat für diese Wahl.

Exakt drei Monate vor der Wahl, nämlich am 7. Februar, wählte der Kreisverband Erfurt seinen OB-Kandidaten. Dabei hatten die Liberalen in der Landeshauptstadt gleich zwei Bewerber zur Verfügung. Herbert Rudovsky kandidierte ebenso wie Andreas Voges. Rudovsky wie Voges versicherten vor der Aufstellung, den jeweils gewählten Kandidaten im Wahlkampf maximal zu unterstützen. Herbert Rudovsky (4) wurde gewählt und darf jetzt auf die Unterstützung von Andreas Voges hoffen.

Auch bei den Landratswahlen will die FDP mitkämpfen. Jens Zimmer (5) wird im Landkreis Greiz für den Landratsposten antreten. Dabei weiß er guten Rückenwind hinter sich. Bereits zur Bundestagswahl hatte sein Wahlkreis das thüringenweit beste

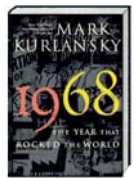
FDP-Ergebnis erkämpfen können. Auf dieser guten Grundlage kann auch Daniel Scheidel (6) bauen, der in Altenburg für den Landratsposten antritt. Der Landkreis gehörte zum besten Wahlkreis.

In Straufhain wird erneut und in bewährter Weise Bürgermeister Horst Gärtner (7) antreten. Auch Peter Fräbel (8) kandidiert wieder für sein Amt als Bürgermeister in Floh-Seligenthal.

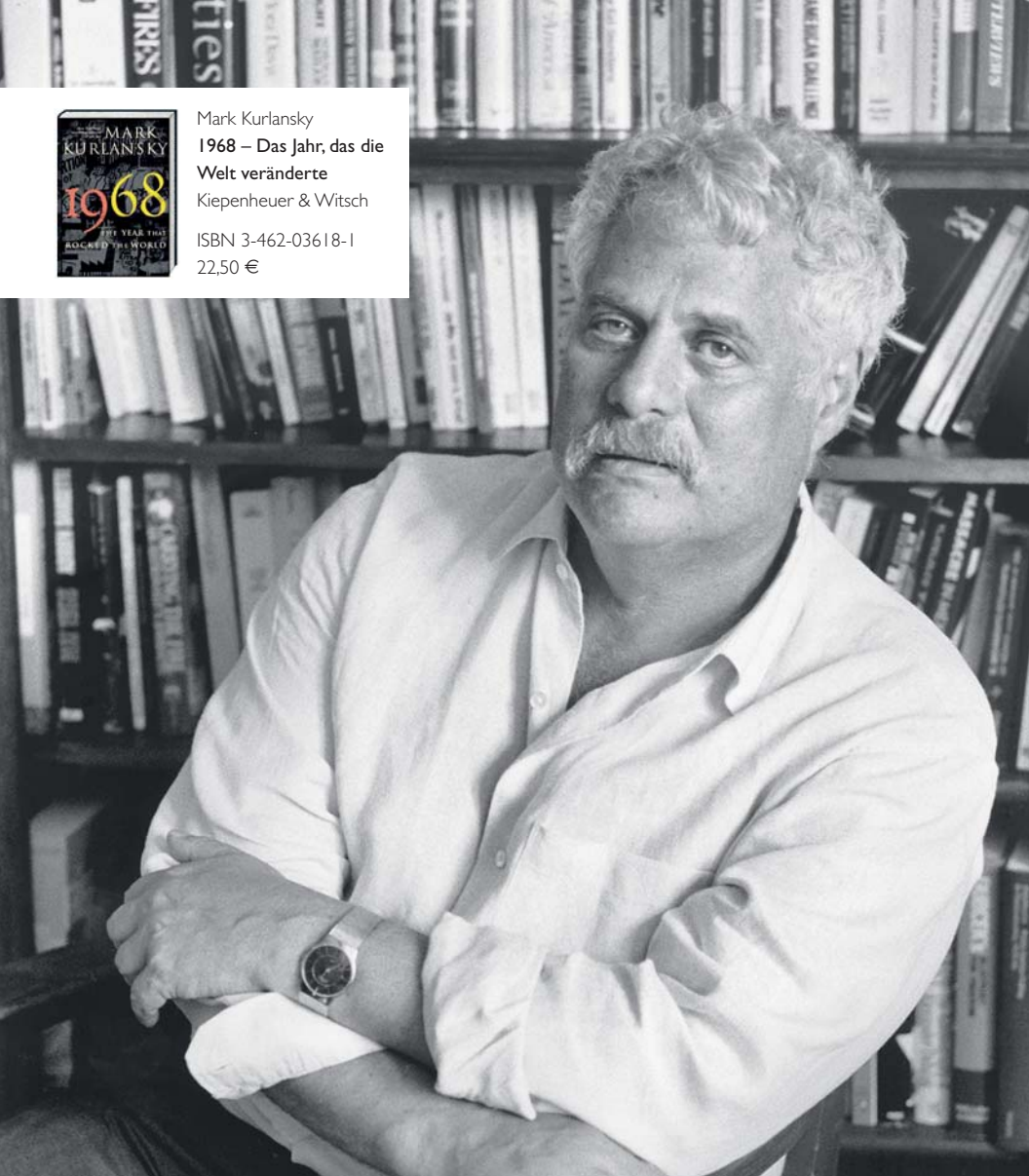
Ebenso tritt in Bad Langensalza Bürgermeister Bernhard Schönau (9), in Kahla Bernd Leube (10) und in Schleiz Bürgermeisterin Heidemarie Walther (gemeinsam mit der Bürgerinitiative) an. In Föriz, Kreis Sonneberg, tritt Bodo Groß nicht mehr an. Er will das FDP-Mandat an Helmut Poscholt übergeben.

Am 24. März 2006 um 18.00 Uhr ist Abgabeschluss für die Bewerber um die Mandate für die Wahlen am 7. Mai. Bis dahin werden weitere Kreise ihre Kandidaten bestimmt haben. Allen Wahlkämpfern, insbesondere aber den Anwärtern auf die (Ober)Bürgermeister- und Landratsposten wünscht die Redaktion von Thüringen Liberal bereits jetzt einen guten Wahlkampf und hervorragende Ergebnisse. kdl

 01 Martin Höfer Nordhausen • OBM-Wahl	 02 Dirk Sterzik Arnstadt • BM-Wahl	 03 Mike Wündsch Gotha • OBM	 04 Herbert Rudovsky Erfurt • OBM-Wahl	 05 Jens Zimmer Greiz • Landratswahl
 06 Daniel Scheidel Altenburg • Landratswahl	 07 Horst Gärtner Straufhain • BM-Wahl	 08 Peter Fräbel Floh-Seligenthal • BM-Wahl	 09 Bernhard Schönau Bad Langensalza • BM-Wahl	 10 Bernd Leube Kahla • BM-Wahl



Mark Kurlansky
1968 – Das Jahr, das die Welt veränderte
 Kiepenheuer & Witsch
 ISBN 3-462-03618-1
 22,50 €



Das politische Buch

US-Autor Mark Kurlansky über das Jahr 1968

Von Matthias Purdel, Landesbeauftragter der Friedrich-Naumann-Stiftung, Weimar

Der linke Intellektuelle ist meist Lehrer, Regisseur, manchmal Maler und bei Kurlansky eben Schriftsteller und Journalist. Er, der 1948 geboren wurde, lebt heute in New York. Schon im Einband ist der Lebensstil des Autors nachzulesen, der zwar auf die so oft gepriesene Einfachheit verzichtet, von seiner Ideologie jedoch keinen Finger breit abweicht. Warum auch – objektiv wolle er gar nicht sein, sondern subjektiv die Zeit und die Stimmung erklären. Und so schreibt er eben, wie ein linker Intellektueller, der seine spießbürgerliche Geborgenheit hinter sich gelassen hat, schreibt, um sich im Leben der Reichen und Schönen wohl wie ein Fisch im Wasser zu fühlen. Aus dieser Perspektive heraus

versucht er, so subjektiv wie möglich zu beschreiben, was heute schon so weit weg von uns scheint. Den Studenten ginge es 1968 zunächst um so profane Dinge wie ein gemeinsames Wohnheim oder den Protest darüber, dass junge Männer aus dem Hörsaal verwiesen wurden, wenn sie keine Krawatte trugen. Bis hierher ist sein Verständnis für die rebellierende Studentenschaft noch nachvollziehbar. Aber das ist erst der Anfang.

Als intellektueller Linker muss er zwangsläufig auf den ersten Seiten den Krieg, vor allem den der USA, als völlig überflüssig verurteilen. Er rechnet auf, dass auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen 1968 in Vietnam durch die US-Streitkräfte Woche für Woche so viele Menschen getötet wurden, wie beim Angriff auf das World Trade Center am 11.09.2001 ums Leben kommen

sollten. Wirklich nachdenklich wird man allerdings, wenn Kurlansky die Studentenbewegungen in Ost und West auf eine Stufe stellt. Wollten die Studenten im Westen – nicht deren Führer – die Gesellschaft anfänglich nur liberalisieren, ein Wort, das bezeichnenderweise in seinem Buch nicht ein einziges Mal auftaucht, so ging es den Studenten zum Beispiel in der Tschechoslowakei schlicht um Lebensmittel und elektrisches Licht an den Universitäten. Zur Ehrenrettung Kurlanskys sei allerdings bemerkt, dass er an dieser Stelle mit einem Mythos aufräumt: Den Studenten in Paris oder Berlin ging es dann im Verlauf des Jahres keineswegs um eine Demokratisierung ihrer Gesellschaften, sonst wären ihre Ideale andere gewesen als Marx, Ho Chi Minh, Mao oder Lenin.

Demonstrieren macht Spaß, schreibt Kurlansky doch allen Ernstes an einer anderen Stelle und meint damit, dass sich von solcher Form der Freude auch die intellektuelle Jugend im Ostblock hat anstecken lassen. Nur eine seiner subjektiven Fehleinschätzungen! Allein der Fakt, dass sich westlich des eisernen Vorhanges den Studenten nur Polizei und die verhasste Springerpresse gegenüberstanden, auf der anderen Seite aber dieser „Spaß“ unter den Ketten sowjetischer Panzer ein jähes Ende fand, relativiert diese These allerdings mehr als deutlich.

Kurlansky ist Amerikaner; vielleicht ist das der Grund, weshalb die deutsche Studentenbewegung etwas kurz in seinem Buch beschrieben wird. Kein Wort zur weiteren Entwicklung, die nach dem Brandanschlag gegen ein Frankfurter Kaufhaus am 03.04. 1968 durch Baader/Ensslin zum 'Herbst 77' führen sollte. Einen anderen Mythos entlarvt er aber doch noch: 1968 war ein Jahr des extremen Antisemitismus, selbst wenn dieses, auch, oder vor allem, im Ostblock, unter dem Deckmantel des Antizionismus geschah. Die Studentenbewegung stand in der Regel auf der Seite der Palästinenser; zu einer Zeit, als für die Sozialisten Antisemitismus nicht nur salonfähig, sondern zur inoffiziellen Ideologie wurde. Bei allem Verständnis für Kurlanskys Sichtweisen zieht sich doch ein eigentümlicher Antiamerikanismus, und zwangsläufig auch ein latenter Antisemitismus, verbunden mit einem permanenten Verständnis für die revolutionären Aktivitäten der Studenten des Jahres 1968 durch sein Buch. Nun, der linke Intellektuelle ist ja meist Jurist, Regisseur, manchmal Maler und bei Kurlansky eben Schriftsteller und Journalist.

Sprengstoff Straßenausbaubeitragssatzung

Von der kommunalen Selbstverwaltung zur Bürodemokratie

Beschließt eine Gemeinde, eine Straße zu bauen, sieht der Gesetzgeber vor, dass sie für den Ausbau Beiträge auf Grundlage einer Ausbaubeitragssatzung erhebt. Anders, als man beim Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung erwarten dürfte, steht es nicht im Ermessen der Kommune, ob sie Ausbaubeiträge erhebt oder nicht. Laut Gesetz sind erforderliche Gemeindeeinnahmen 'aus besonderen Entgelten' und erst 'im übrigen aus Steuern' zu beschaffen. Auf dieser Grundlage knebelt die Kommunalaufsicht die Kommunen auch in prosperierenden Gemeinden, die sich den Verzicht auf Ausbaubeiträge leisten könnten. Immerhin befanden sich zum Beispiel in den 90er Jahren die Gemeindekassen in besseren Zuständen. Gewissermaßen mit Recht haben bislang einige Kommunalparlamente für Baumaßnahmen ihre Bürger nicht zur Kasse diktiert. Gewählte Gemeinde- und Stadträte reiben sich jetzt die Augen, wenn sie zu Dingen gezwungen werden, die sie nicht wollen und mitunter nicht einmal müssten. Kommunale Selbstverwaltung zählt offenbar nicht.

Die Finanzmisere der öffentlichen Hand ist bekannt. Entsprechend laufen zahlreiche Versuche, Ausgabenposten zu reduzieren. Und hier kommt der o.g. Straßenausbaubeitrag ins Spiel. Die Gemeinden müssen ihre

nicht belasten wollten und auch nicht mussten, nunmehr von einem zuweilen drastischen Vorgehen der Thüringer Kommunalaufsicht überrascht würden. In Thüringen werden Gemeinden jetzt regelrecht gezwungen, Gelder einzunehmen. Dazu gehören insbesondere die Straßenausbaubeiträge. Und so sollen manche Einwohner Straßenbeiträge zahlen, auch wenn die Straße schon zehn oder mehr Jahre besteht.

Parlamentarier könnten sich über diese neuen Einnahmequellen freuen, dürfte man annehmen. Das Gegenteil ist der Fall: Für Vertreter in den Kommunalparlamenten ist der Eingriff ein sehr unangenehmer bis ungeheurer Vorgang. Sie, die Abgeordneten vor Ort, die sich ehrenamtlich um das Wohl ihrer Gemeinden kümmern, müssen jetzt ihren Einwohnern – Nachbarn, Bekannten, Freunden – die juristisch begründeten zusätzlichen Belastungen erklären und gleichzeitig erläutern, warum sie auf bisherige Erhebungen verzichteten. Schlimmer noch: In die Entscheidungsgewalt der Kommunalparlamente wird – juristisch wohl korrekt – kalt eingegriffen. 'Die gewählten Vertreter werden entmündigt', empört sich zu Recht FDP-Landesvorstand Heinz Untermann. Er gehört seit 1972 (!) dem Gemeinderat von Großneuhausen an. 'So etwas habe ich in all den Jahren noch nicht erlebt. Sollte dieser Befehl 'von oben' durchgesetzt werden, wird sich jeder Volksvertreter fragen, ob es Sinn macht, sich für dieses Amt wählen zu lassen.' Und so ist es nicht verwunderlich, wenn zu Beginn 2006 bereits erste Bürgermeister zurückgetreten sind, weil sie diesen Vorgang nicht verantworten wollten. Demokratische Selbstverwaltung scheint in diesem Fall zu bürokratischer Exekutive zu schrumpfen.

Dringend überdacht werden sollte das Selbstverständnis vom Verhältnis zwischen Staat, kommunaler Verwaltung und den Bürgern. Anweisungen innerhalb unterschiedlicher Verwaltungsstellen quasi per Amtsbefehl können nicht ohne weiteres auf Kommunalparlamente übertragen werden, auch nicht durch das Feigenblatt von Thü-

ringer Kommunalordnung und Kommunalabgabengesetz. Schließlich geht es bei der kommunalen Selbstverwaltung um die direkte für den Bürger fühl- und erlebbare Einwirkung von Demokratie und Verwaltung. Eine Bürodemokratie, in denen Volksvertreter zu ehrenamtlichen Staatsdienern degradiert werden, wirkt kaum anziehend auf die wenigen, die sich überhaupt noch in ihrer Gemeinde engagieren. Der vielmals eingeforderten – und oft falsch verstandenen – Sensibilität fehlt es in diesem Fall komplett. Es reicht nicht aus, aller Sonntage von Demokratie zu reden, sie muss praktiziert werden. pak



Heinz Untermann ist seit 1972 im Gemeinderat von Großneuhausen

Einnahmen ausschöpfen, bevor sie Gelder von anderen Ebenen (Europa, Bund, Land) in Anspruch nehmen. Dazu gehört auch der Straßenausbaubeitrag. Soweit nachvollziehbar – könnte man meinen. Wenn denn nicht einige Gemeinden, die ihre Einwohner gerade



Freiheit in Verantwortung

Warum gerade den Liberalen in der Karikatur-Debatte eine hohe Verantwortung zukommt

In diesen Wochen melden sich in einer teils hitzig, teils trotzig geführten Debatte regelmäßig Stimmen zu Wort, die eine Mäßigung im Streit um zwölf Karikaturen anmahnen – zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed, veröffentlicht im September letzten

sind dadurch natürlich keinesfalls zu rechtfertigen. Doch darf uns diese klare Position nicht davon abhalten, nach der eigenen Verantwortung zu fragen.

Denn auch der Kulturredakteur der dänischen Zeitung hätte sensibler mit dem

pen zwölf Karikaturen für einen Kampf instrumentalisiert, der mit den Bildern kaum etwas zu tun hat. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Bilder, die die meisten nicht einmal gesehen haben, bewusst eingesetzt werden, um den Streit der Religionen erneut anzufachen und die vermeintliche Arroganz der westlichen Mächte zu demonstrieren. Längst geht es nicht mehr darum, einzelne Journalisten abzustrafen. Letztlich ist dies einzig eine Aufforderung an die Regierungen der betroffenen Länder, gezielt gegen die Pressefreiheit vorzugehen. Das kann von unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht geduldet werden.

Doch gilt gleichermaßen, dass in unserer Demokratie auch verantwortlich mit der Pressefreiheit umgegangen werden muss. Eine gezielte Provokation der islamischen Welt ist unter der Würde liberaler Demokraten. Die FDP muss in dieser Debatte deutlich machen, dass uns Freiheit nur dann erhalten bleibt, wenn wir verantwortungsvoll mit ihr umgehen und bereit sind, eigene Grenzen zu setzen, auch wenn diese Einschränkungen unseren freiheitlichen Idealen widersprechen. Die Stärke und die Glaubwürdigkeit, dies in der aktuellen Karikatur-Debatte zu betonen, hat nur die FDP.



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Andreas Möller (*1971) ist als stellv. FDP-Landesvorsitzender zuständig für Programmatik. Im Kreisverband Erfurt bekleidet er das Amt des Schatzmeisters. Seit 1993 ist der Diplom-Volkswirt und Geschäftsführer einer Verkehrsgesellschaft FDP-Mitglied.

Thema umgehen müssen, zumal seinem Aufruf, ein eigenes Bild von Mohammed zu zeichnen, aus Angst vor den Folgen von 40 aufgeforderten nur zwölf Künstler gefolgt sind. Gerade deshalb kann die Veröffentlichung der Karikaturen nur als verantwortungslose Provokation angesehen werden, die freilich von der Pressefreiheit gedeckt wird. Provokationen rufen Gegenprovokationen hervor: So ruft z.B. die größte iranische Zeitung einen internationalen Wettbewerb für Holocaust-Karikaturen aus, um der westlichen Welt den empfundenen Tabubruch 'heimzuzahlen'. Die Auseinandersetzung eskaliert und reicht längst weit über die Karikaturen hinaus.

Denn die Ursachen für den nun herrschenden Ausnahmezustand liegen woanders: Gezielt werden durch radikale Grup-

pen in einer dänischen Zeitung, die teils aus Solidarität, teils zur umfassenden Berichterstattung in zahlreichen anderen Blättern nachgedruckt wurden.

Jedoch liegt der Schlüssel zur Versachlichung der Debatte ausschließlich bei den Liberalen. Die FDP ist geradezu verpflichtet, die Meinungsführerschaft zu übernehmen und auf einen verantwortungsvollen Umgang mit der Pressefreiheit zu drängen.

Stein des Anstoßes sind die Abbildungen, die den Propheten Mohammed u.a. in Menschengestalt mit einer Bombe als Turban zeigen. Dies empfinden Moslems als eine tiefe Beleidigung für den eigenen Glauben, duldet der Islam doch im religiösen Zusammenhang keine Bilder vom Propheten. Die daraufhin erfolgten Ausschreitungen und Gewaltakte gegen europäische Botschaften

HINTERGRUND

Stichwort Manchesterliberalismus: FDP-Wahlkämpfer kennen es: Kaum ein Infostand vergeht, bei dem man nicht als Manchesterkapitalist oder wahlweise Manchesterliberalist verunglimpft wird. Dabei geht der ursprüngliche Manchesterliberalismus von dem ab, was heute Oskar Lafontaine und Genossen als politischen Kampfbegriff von der Kanzel schreien. Erstaunlich wäre auch für die Linke, dass Manchesterliberalisten z.T. das formulierten, was tagträumende Weltverbesserer heute sonst so auf Gewerkschaftsdemos zum Besten geben:

- ▶ Manchesterliberale lehnten Militarismus ab. Ärmere Bevölkerungsschichten würden z.B. mittels Wehrpflicht durch den Staat ausgenutzt. Auch der Kolonialismus fand Widerspruch. Die Bevormundung und Ausnutzung von Menschen in den Kolonien hielten sie für Unrecht. Manchesterliberale engagierten sich gegen Sklaverei.
- ▶ Auch der Kosmopolitismus, heute der politischen Linken ein idealisiertes, aber nicht konsequent vollzogenes Ideal, lag den Anhängern des Manchesterliberalismus inne. Im Gegensatz zu den (heutigen wie damaligen) Linken unterschieden sie sich in der realen Konsequenz: Grenzen behindern freien Waren- und Menschenverkehr. In Grenzen liegen Ursachen für Kriege und Elend, der Freihandel steht dem entgegen. Der Kommunismus (und seine vielseitigen, auch heute bestehenden Appendizes) sah und sieht eben nicht in Handel und Wirtschaft, sondern in der Weltrevolution (s)einer Klasse einen eigenwilligen (und oftmals gewalttätigen) Kosmopolitismus.
- ▶ Manchesterliberale standen für die Demokratie. Allerdings äußerten sie sich z.T. dem allgemeinen Wahlrecht skeptisch gegenüber: 'Ungebildete' Massen könnten leichte Beute für Hassschürer und Besitzstandswahrer (Sozialisten, Nationalisten, Konservative) werden. Entsprechend gehörten Manchesterliberale auch zu den ersten, die allgemeine Schulpflicht forderten.
- ▶ In Deutschland konnte der Manchesterliberalismus kaum richtig Fuß fassen. Der Einfluss des Staates auf das gesellschaftliche Leben war zu groß. Das Bildungswesen wurde vom Staat oder von Kirchen organisiert, staatliche Sparkassen waren und sind die bevorzugten Institutionen des Finanzsektors, Bergwerke und Verkehrswege wurden ebenfalls vom Staat betrieben.
- ▶ Erfolge verzeichneten Manchesterliberale bei Bismarcks Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung im Zuge der Einigung Deutschlands, insbes. bezüglich der einheitlichen Währung, der Reichsmark. Das endgültige Ende des Einflusses der Manchesterliberalen kam mit Bismarcks Schutzzollpolitik 1879/1880.
- ▶ Seither trägt die Freihandelspolitik, insbesondere die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhardts oder die Etablierung von EG/EU manchesterliberale Züge.
- ▶ Kaum ein anderer Begriff weicht heute in der öffentlichen Meinung von seiner eigentlichen Bedeutung so sehr ab, wie 'Manchesterliberalismus'. pak

'Der hat noch mit Achilles gerungen!'

Eugen Richter: Manchesterliberalist – Abgeordneter Bismarckgegner – Journalist – Zeitungsgründer

Schützt ein Staat seinen Markt mittels Protektionismus, verursacht er die Verelendung der Massen. Im internationalen Freihandel liegt der Schlüssel zu mehr Wohlstand. Protektionismus schadet nicht nur dem Ausland, sondern auch der Wirtschaft im Inland. Gleichzeitig bedeutet Freihandel mehr Frieden. Wirtschaftliche Abhängigkeiten und Arbeitsteilungen zwischen den Völkern macht es Regierungen nahezu unmöglich, einen Krieg anzuzetteln. 'Wenn Waren nicht die Grenze passieren dürfen, dann werden es Soldaten tun.' – das waren die Ziele der Manchesterliberalisten, zu denen sich auch Eugen Richter zählte.

Eugen Richter war über drei Jahrzehnte linksliberaler Abgeordneter des Deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses. Er war erbitterter Kritiker Bismarcks, Zeitungsgründer und Journalist von schier unerschöpflicher Produktivität. Die Zeitgenossen kannten den mittelgroßen, kräftigen Mann mit Vollbart fast nur aus den Parlamentssitzungen und von Wahlkundgebungen. Ansonsten lebte der Manchesterliberale bescheiden und zurückgezogen, man wusste nur, dass er in seiner Wohnung riesige Karteikästen gestapelt hatte, dazwischen standen oder hingen Vogelkäfige.

Als er am 10. März 1906 starb, hieß es in einem Zeitungsartikel: 'Das ist der letzte vom alten Schlag ... Der hat noch mit Achilles gerungen!'. Wofür stand dieser streitbare Liberale inhaltlich? Sicherlich verwirrte er viele durch unorthodoxe und unideologische Sichtweisen. Er ergriff im Kulturkampf und bei den Sozialistengesetzen energisch Partei gegen Bismarck. Ersteren missbilligte er als Missbrauch staatlicher Macht. Die Sozialistengesetze wollte er nicht mit Polizei, sondern mit Argumenten bekämpfen wissen. In Sachen Ökonomie wandte er sich gegen die Wirtschaftspolitik Preußen-Deutschlands, die zwar nach innen Zollgrenzen einriss, nach Außen aber protektionierte. Unnötiges Eingreifen des Staates in das Wirtschaftssystem durch Subventionen und

Zunftordnung sah er kritisch und hielt es mit Frédéric Bastiat: 'Der Staat ist die große Fiktion, nach der sich jedermann bemüht, auf Kosten jedermanns zu leben.'

Unruhig wie sein Geist war auch sein Lebenslauf. Richter, Sohn eines Düsseldorfer Militärarztes, studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Danach begann er eine Ausbildung als Beamter, arbeitete am Gericht, im Polizeidepartement oder als stellvertretender Landrat, aber auch in der Magdeburger Feuerversicherungsanstalt oder in der Genossenschaftsbewegung. Richter war fleißig, und – was besonders auffiel – entwickelte frühzeitig ein Organisationstalent. Er gewann das Wohlwollen führender Politiker und erfuhr deren Förderung. Ab 1869 war er Abgeordneter des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1871 Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Fortschrittspartei (siehe 'Von Unruh', Thüringer Liberal 1/06). In beiden Parlamenten blieb er bis zu seinem Tod. Richter gründete einige Zeitungen, unter anderem den 'Reichsfreund – Freisinnige Zeitung'. Neben der Presse spielte Broschürenliteratur eine große Rolle. Wirkungsvoll waren seine ABC-Bücher, die als



Eugen Richter (* 1838 – † 1906)

Wahlhandbüchlein in Lexikonform informierten, z.B. 'Der liberale Urwähler' oder 'Was man zum Wählen wissen muss'.

Nach Richters Tod errichteten politische Weggefährten im Hagen (Westf.) einen Turm für den streitbaren Liberalen. Noch heute gibt es den Eugen-Richter-Turm-Verein. In Erfurt ist eine Straße nach Eugen Richter benannt. kdl/joh/pak

Thüringens umtriebige JuLis

Spenden. Preise, Jugendarbeit

Junge Menschen: Spaß- und freizeitorientiert, wenig Verantwortungsgefühl, kaum gesellschaftliches Interesse. Diese Vorurteile bestätigen zumindest die JuLis Thüringen nicht. Ehrenamtspreise, Spenden oder Veranstaltungen – das Jahr ist jung und doch haben sie schon einige Aktivitäten hinter sich.

In Jena loben die JuLis auch dieses Jahr den Grete-Unrein-Preis aus. Der Verband um Kreischef Thomas Nitzsche verleiht jährlich in Gedenken an die liberale Stadträtin und Tochter Ernst Abbes, Grete Unrein, den Ehrenamtspreis für besondere Verdienste im Bereich Jugendarbeit. Ihre Kollekte zum traditionellen FDP-Neujahrsempfang erbrachte 505 Euro. Jetzt wird der Preisträger ermittelt.

Fast 'nebenbei' sammelten die JuLis mittels Glühweinaktion zur Vorweihnachtszeit für die Elterninitiative krebskranker Kinder Jena e.V. Das zu dieser Jahreszeit äußerst beliebte Heißgetränk wurde in Weimar gegen Spenden getauscht. Zehn Stunden lang setzten sich Kevin Vogel, Gerhard Jahns, Anja Krautheim und Niko Bolte der Witterung aus. Der Tageserlös von 370 Euro wurde auf vierhundert aufgerundet und überreicht.

Dem reaktivierten JuLi-Kreisverband Erfurt werden akademische Würden zu Teil. Neuer Chef ist Prof. Dr. Dennis Dittrich (30). Der Professor für ökonomische Theorie an der Uni Erfurt will besonders auf Schüler zugehen, um praktische Politikerfahrung zu vermitteln. Anregungen können sich die Erfurter beim



Prof. Dittrich, Stellvertreterin Jadwiga Brützke, Schatzmeister Daniel Kaddik (v.l.)

JuLi-Kreisverband Unstrut-Hainich holen. Dort organisiert der Verband um Kreischefin Dorothe Krah berufsbildende Veranstaltungen. Am Salza-Gymnasium (Bad Langensalza) informierten sie über den Einstieg in die Rechtswissenschaft. Am Gymnasium Großengottern standen 'grüne Berufe' (Landwirtschaft, Floristik, Forstwirtschaft, Gartenbau) im Mittelpunkt. Folgen werden die Themen Medizin, Architektur und IT-Berufe, so Björn Goldmann, der gemeinsam mit Markus Groß die Veranstaltungsreihe initiierte.

Die Jungen Liberalen Thüringen: Angesichts der beachtlichen Liste gesellschaftlicher Aktivitäten wohl kaum eine politische Nachwuchsorganisation, sondern eher ein Vorbild-Verband. Glückwunsch. pak/G. Jahns

Im Bundesvorstand

Die Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Thüringen, Gisela Sparmberg, wurde von der Bundesmitgliederversammlung in Mannheim wieder als Beisitzerin in den Bundesvorstand der Liberalen Frauen gewählt. Nächster Schwerpunkt ist eine Kooperation der mitteldeutschen Landesverbände.

Thüringer Bundesparteitagsantrag kommt in die Fraktion

Der von der FDP Thüringen im Frühjahr 05 vom Landesparteitag beschlossene und zum Bundesparteitag eingebrachte Aufbau-Ost-Antrag wird jetzt die Bundestagsfraktion beschäftigen. Das Papier wurde in Köln an diese verwiesen. Nach den Turbulenzen des letzten Sommers und der längeranhaltenden Auslegung des Wahlergebnisses samt Kanzlerinnenwahl beschäftigt sich die Bundestagsfraktion mit dem Thüringer Antrag.

Erfolgreiche LHG I

Bei den Wahlen zum Studentenrat in Jena erreichte die LHG vier von zwölf Mandaten. Gewählt wurden Eike Biehler, Johannes Bruns, Tobias Gebhardt und Patrick Brauckmann. Brauckmann ist zudem in das Konzils gewählt worden.

Erfolgreiche LHG II

In Erfurt wurde die LHG gegründet. Gewählt wurde ein vierköpfiger LHG-Vorstand, dem Jens Claussen, Gerhard Jahns, Matthäus Schlummer und Daniel Kaddik angehören.

Unterstützung in der Geschäftsstelle

In der Erfurter Landesgeschäftsstelle arbeiten zwischen Februar und Juli ehrenamtlich Vicky Griebach, Susann Fiedler und Alexander Hermanns.

Jüngste Eintritte

Prof. Dr. Ingeborg Aßmann, Daniel Kaddik und Heiko Sparmberg sind die jüngsten an den Landesverband gemeldeten Neueintritte. Alle drei traten in die Erfurter FDP ein.

Spendenquittungen

Ab 2005 wird die Buchhaltung nicht mehr vom Landesverband gemacht, sondern vom Liberalen Parteienservice LIPS in Bonn. Für Fragen zu persönlichen Spendenquittungen bitte direkt an LIPS in Bonn (Telefon: 0228 547380) wenden. Weiterhin Voraussetzung ist, dass der jeweilige Kreisschatzmeister die Buchungsunterlagen bereits abgegeben hat.

GEBURTSTAGE

Zum Geburtstag gratuliert Thüringen Liberal sehr herzlich: Dr. Dietrich Graichen, Dirk Bergner, Wolf-Ludger Schlotzhauer, Jürgen Ehrlich, Jürgen Lange, Mike Wündsch, Franka Hitzing und Claus-Peter Rossberg. Den ungenannten Geburtstagskindern natürlich ebenso alles Gute.

Besonders gratulieren wir dem scheidenden Jenaer Oberbürgermeister Dr. Peter Röhlinger zum Geburtstag.

Zu Ihrem runden oder speziellen Jubiläum herzliche Glückwünsche:

- 70 Jahre:** Leo Mattis, Helmut Ritterer, Dr. Gudrun Beutel, Rudolf Seifert
- 75 Jahre:** Wolfgang Müller, Dr. Manfred Ludwig, Kurt Braun,
- 80 Jahre:** Gertrud Schau, Herbert Lindner, Ruth Seifert, Kurt Graf
- 85 Jahre:** Bernhard Groeck
- 86 Jahre:** Siegfried Faulwetter, Rudolf Grässer
- 87 Jahre:** Helmut Möller
- 91 Jahre:** Ernst Nitsch

Statement zum Schluss

Dr. Guido Westerwelle zum neuen Layout unserer Mitgliederzeitschrift: 'Die neue Aufmachung der Thüringen Liberal stellt auch optisch unter Beweis, wie stark die Thüringer Liberalen für ihr Land arbeiten.'



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AUF DEM PRÜFSTAND

EU-Feinstaubrichtlinie wird überarbeitet

Das Europäische Parlament wird in den kommenden Monaten über die Zukunft der Feinstaubrichtlinie beraten, voraussichtlich sogar noch vor der Sommerpause in erster Lesung darüber Beschluss fassen.

Die Richtlinie stellt die Politik mit der Neufassung vor die Herausforderung, einen differenzierteren Blick auf die Ursachen und Wirkungen von und Maßnahmen gegen Feinstaub zu richten. Hierfür sind vor allem die inzwischen zuhauf gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen. So wissen wir heute, dass 40 bis 60 Prozent des Feinstaub-Aufkommens nicht auf örtliche Verursacher zurückzuführen sind. Zwei Beispiele: An der Nordsee schlägt der Salzgehalt der Seeluft schwer zu buche, insbesondere in den neuen Bundesländern die Winde aus dem Osten, die polnische Industrieabgase zu uns tragen. Keine der beiden genannten Regionen kann mit Fahrverboten oder anderen Einschränkungen daran etwas ändern. Im ersten Fall aber könnte die zu bewertende Messgröße der Partikel schon das Salz aus den Daten „filtrieren“. Im zweiten Beispiel kommt die Frage auf, ob der „Merkel-Kompromiss“ - die Einigung über die EU-Finzen und den

100 Millionen Euro-Bonus für Polen - auf dem bilateralen Wege nicht genutzt werden kann, um dahingehend Druck zu erzeugen, dass die polnische Industrie schnellstmöglich unsere Umweltnormen umsetzt. Die Feinstaubrichtlinie jedenfalls kann solche Probleme nicht lösen. Der Dialog über andere Mittel muss jetzt in Gang kommen.

Die inzwischen allseits beklagten Aktionspläne, die Grenzwerte und die Messgrößen werden nun auf ihre Praktikabilität überprüft. So stellt sich die Frage, warum an 35 Tagen im Jahr schädliche Konzentrationen geduldet, ab dem 36. Tag aber sanktioniert werden. Zukünftig könnten jährliche Durchschnittswerte zur Grundlage für Handlungsbedarf werden. Gleichsam zeichnet sich ab, dass die zu messende Partikelgröße sich ändern soll, da die Gefährlichkeit der Feinstaubpartikel unter PM_{2,5} für die Gesundheit von neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen wesentlich höher eingestuft wird.

Der FDP-Europaabgeordnete und Berichterstatter für die „Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa“ Holger

Krahmer äußert sich zuversichtlich: „Langfristigen Problemen kann man nicht mit kurzfristigen Lösungen begegnen. Ich werde entsprechende Vorschläge einbringen, die das berücksichtigen. Augenmaß statt Aktionismus könnte das erfreuliche Resultat sein.“ Dem Berichterstatter obliegt die Federführung der parlamentarischen Beratung und damit eine große Gestaltungsverantwortung in Bezug auf die Änderung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Richtlinienentwurfes. Bevor Holger Krahmer seinen Bericht Ende März vorlegt, gilt es, Gespräche mit Experten und möglichst allen betroffenen Interessengruppen zu führen. Ende April folgen dann die Debatten im Umweltausschuss und im Plenum.

Wermutstropfen: Erst ab 2010 ist mit der Umsetzung der Novelle zu rechnen. Bis dahin müssen Kommunen weiter Aktionspläne vorhalten, die vor allem Wirtschaft und Handel mit mäßig wirksamen Verkehrseinschränkungen behindern.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . FAX +32 2 28-49344
HKRAHMER@EUROPARL.EU.INT . WWW.HOLGER-KRAHMER.DE



Achteinhalb Jahre

Wechsel in der Erfurter Landesgeschäftsstelle

Andrea Fiddeke, langjährige Leiterin der Landesgeschäftsstelle, verlässt die FDP Thüringen. Sie geht ab März in die FDP Bundestagsfraktion. Thüringen Liberal sprach mit Frau Fiddeke über ihre Zeit bei den Thüringer Liberalen.

ThL: Frau Fiddeke, Sie verlassen die FDP Thüringen, für viele eine Überraschung.

Fiddeke: Wenn man mir das vor einem Jahr gesagt hätte, wäre es auch für mich überraschend gewesen. Seither hat sich privat einiges geändert, so dass ich jetzt nach Berlin wechsele. Nach der Bundestagswahl habe ich mit dem Landesvorsitzenden Uwe Barth darüber gesprochen, der mir schweren Herzens sein OK gab.

ThL: Berlin scheint Ihnen nicht so fern zu

sein. Ich war zuständig für die Organisation und die Finanzen. Nach dem hektischen Wahlkampf 1999 bin ich als einzige Mitarbeiterin übrig geblieben und war für alles zuständig. Nach der Bundestagswahl 2002 kam Patrick Kurth als Pressesprecher dazu. Organisation und Finanzen blieben über die Jahre hinweg Kern meiner Tätigkeit.

ThL: Woran erinnern Sie sich, wenn Sie zurückblicken?

Fiddeke: Eigentlich an ganz alltägliche Dinge. Die vielen Telefonate mit den Verbandsmitgliedern, die Veranstaltungsvorbereitungen oder der heißlaufende Kopierer vor Landesparteitagen. Gut in Erinnerung sind mir die zwei Umzüge, die von mir organisiert wurden. Wir waren bis Ende 1999 in der Tschaikowskistraße, schräg gegenüber vom

Telefonat. Ich war fast rund um die Uhr in Betrieb, möchte ich diese Erinnerungen nicht vermissen. Übrigens auch positiv: Obwohl es mit manchen Landesvorständen nicht immer einfach war, ist das durch die gute Zusammenarbeit mit allen Landesvorständen nicht aufgefallen.

ThL: Geben Sie bei Ihrem Abschied der Partei auch Ratschläge?

Fiddeke: Den Weg, den die FDP in den letzten Jahren eingeschlagen hat, ist aus meiner Sicht erfolgreich. Der Geschäftsbetrieb lief sehr gut. Mein letzter Aufruf aus der Geschäftsstelle: Lest bitte Eure Emails!

ThL: Frau Fiddeke, Sie gehen und wir sehen Sie nicht wieder?

Fiddeke: Nein, spätestens zu den Parteitagungen werde ich in Thüringen sein, das habe ich mir vorgenommen. Auch in der Übergangszeit nach meinem Wechsel werde ich mit Rat und Tat zur Seite stehen. Nur in den Kreisen sieht man mich leider nicht mehr so oft.

ThL: Sie sagen Ihrer FDP Thüringen ...

Fiddeke: ... DANKE für die sehr gute Zusammenarbeit über all die ganzen Jahre. Ich habe gern für die Thüringer Liberalen gearbeitet.

Gespräch: kdI



Andrea Fiddeke (*1963), in Waren an der Müritz geboren ist gelernte Bürokauffrau. Im Jahr 1990 kam sie aus beruflichen Gründen nach Thüringen. 1997 wechselte sie zur Landesgeschäftsstelle der FDP Thüringen und trug seit 2000 für den laufenden Geschäftsbetrieb die Verantwortung. Mit dem 01. März 2006 wechselt Frau Andrea Fiddeke in die FDP-Bundestagsfraktion nach Berlin. Ihre Nachfolgerin ist Monika Gilg.

sein. Vielen ist Ihr Berliner Dialekt aufgefallen.

Fiddeke: Randberliner Dialekt. Ich bin in Brandenburg aufgewachsen und kehre jetzt dorthin – in die Nähe von Potsdam – zurück.

ThL: Wann sind Sie zur FDP gekommen?

Fiddeke: Ganz genau am 20. 10. 1997. Vorher war ich bei unserem damaligen Landeschatzmeister Constantin Papageorgiou beschäftigt. Er machte mir den Vorschlag, in der Landesgeschäftsstelle zu arbeiten. Ich habe ihn ausgelacht, da ich mich nicht für Politik interessierte. Auch heute bin ich in der Geschäftsstelle nicht für die Politik verantwortlich aber arbeite doch sehr gern in diesem Landesverband. Um so schwerer fällt der Abschied, den ich jetzt nehmen werde.

ThL: Hat sich in den Jahren Ihre Tätigkeit verändert?

Fiddeke: Ja und Nein. Als ich angefangen habe, bestand die Geschäftsstelle noch aus

Landtag und zogen in die Magdeburger Allee. Ende 2004 ging's zurück in die Tschaikowskistraße, allerdings ein paar Häuser weiter, als zuvor.

ThL: Gab's auch negative Erinnerungen?

Fiddeke: Ja, Pressemitteilungen oder sonstige Artikel sind bis heute das Schlimmste, was es für mich gibt. Manchmal waren ständige Rückrufe oder stete erneute Erklärungen von Umstellungen z.B. bei der Rechnungslegung frustrierend. Das gibt es aber in jedem Job und damit muss man leben und arbeiten können. Augenzwinkernd will ich noch mal an die Emails aus der Geschäftsstelle erinnern, die oftmals nicht gelesen oder „nicht erhalten“ wurden. Richtig schlechte Erinnerungen will ich bei meinem Abschied nicht aufwärmen.

ThL: Und richtig positive Rückblicke?

Fiddeke: Da stehen die Wahlkämpfe. Obwohl in diesen Zeiten die Computer und

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen · Pressestelle
Tschaikowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (joh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kdI)

Layout & Satz ▶ RAUM II
Jahn & Ekelmann GbR
Münzgasse 7 · D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.